

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärt:

# Keine Arbeitszeitverkürzung

Der Bankrott der reformistischen Lösung „40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich“ — Das Betrugsmanöver der Gewerkschaftsführer geplatzt — Nur der Massenkampf bringt 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich!

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat in einem Schreiben an die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ über die Verkürzung der Arbeitswoche ohne Lohnausgleich u. a. mitgeteilt:

„Im Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Vorschriften der Verordnung vom 8. Dezember v. J. sei es jedoch ratsam, die Ermittlungen über eine etwaige Arbeitszeitverkürzung zu unterbrechen. Wenn die Arbeiter für eine bedeutende Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden könnten, würde von den Auswirkungen der Verordnung, insbesondere hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen. Der Reichsarbeitsminister behält sich vor, mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu geeigneter erziehender Zeit wieder in Verbindung zu treten.“

Mit anderen Worten: Das Gerede über eine geführte 40-Stunden-Woche muß aufgegeben werden. Der „Vorwärts“, der diese Meldung bringt, kommentiert: „Stilles Begräbnis. Stegerwald gibt die 40-Stunden-Woche auf.“

40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich — das war die zentrale Parole des Frankfurter ADGB-Kongresses. Das war der „Ausweg“ aus der Erwerbslosigkeit, den die Gewerkschaftsführer seit vielen Monaten propagierten. In Frankfurt a. M., auf dem letzten ADGB-Kongress, als Teilpartei in der Antwort an Stegerwald über die Durchführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich wenigstens in einigen Industriezweigen bestellte, machte Stegerwald den Zwischenruf: „Für einige Industriezweige habe ich die letzte Aussicht in den nächsten Tagen.“ Dafür wurde Stegerwald von den Parteimitgliedern als „alter Gewerkschaftskämpfer“ gefeiert.

In diesen laudenden Versammlungen, in allen Gewerkschaftsversammlungen, in der gesamten sozialdemokratischen Presse wurde der Arbeitergeist eingeschämezt, die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich sei ein „Ausweg“ aus der Erwerbslosigkeit. Stegerwald hätte durch Verordnungen allmählich, in einem Industriezweig nach dem anderen, die 40-Stunden-Woche durchzuführen. Und nun ist diese Verordnungsmaßnahme genau so geplatzt wie so viele andere Verordnungen der Gewerkschaftsbürokratie!

In aller Erinnerung ist ihre Verpöschung, daß die Rationalisierung früher oder später auch der Arbeiterchaft zugute kommen wird, daß früher oder später durch die Auswirkung der Rationalisierung die Erwerbslosigkeit sich vermindern wird. Die Rationalisierung war aber bekanntlich eine kapitalistische Rationalisierung, die Millionen deutsche Arbeiter durch die kapitalistische Rationalisierung heillos gemacht, ohne Hoffnung, daß sie jemals wieder im Betrieb untergebracht zu werden.

Die Illusionen über die Stegerwaldsche 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, die von der Gewerkschaftsbürokratie bewahrt und geschützt wurde, ist nunmehr geplatzt. Der „Vorwärts“ selbst hat von einem Hülen Begräbnis gesprochen. Aber diese betrügerische Illusion, genau so wie der Betrug der Gewerkschaftsführer über die Auswirkungen der Rationalisierung, brachte der Arbeiterchaft den größten Schaden.

Nur ein Beispiel: Die „Rote Fahne“ berichtete, wie der Generalsekretär der Buchdrucker von Berlin, Braun, in der Generalversammlung der Berliner Buchdrucker, anlässlich eines Lohnabbauschiedsprüfung erzählt, daß die Unternehmer bei der Lohnabbauschiedsprüfung über ein unüberlegbares Material verfügten, mit dem sie ihre Lohnabbauforderungen begründeten. Auf die Frage der Verhandlungsleiter, warum die Unternehmer eine Senkung des Tariflohnes um 15 Prozent forderten, hätten sie die Antwort erhalten, daß die Gewerkschaftsführer selbst durch ihre Forderung, nach Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, ihren Mitgliedern einen 15-prozentigen Lohnabbau zumuten. Die Gewerkschaftsführer haben mit ihrer Parole der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich den Unternehmern das Stichwort gegeben. Die Unternehmerpresse schrie sofort: Die Gewerkschaftsführer selbst geben zu, daß die Arbeiter

sich mit einem 15-prozentigen Lohnabbau einverstanden erklären.

Die Verordnungen auf die Stegerwaldsche 40-Stunden-Woche, die Hauptparole des Frankfurter ADGB-Kongresses, hatte den Zweck, die Erwerbslosen vom Kampf zurückzuhalten. Zwei Millionen gewerkschaftlich organisierte Kollegen sind erwerbslos. Jeder Betriebsarbeiter, der noch heute im Betrieb steht, kann morgen erwerbslos werden. Die Gewerkschaften tun nichts, um den Kampf der Erwerbslosen zu unterstützen, sie tun nichts gegen Entlassungen. Sie mühen sich deshalb in den Köpfen der Gewerkschaftsmitglieder trügerische Illusionen und Hoffnungen zu wecken, um die Arbeiter zu beiraten. Hunderttausende Gewerkschaftsmitglieder haben diesen verführerischen Illusionen Glauben geschenkt; jetzt sehen sie, daß alle Versicherungen der Gewerkschaftsführer Lug und Trug sind.

Kollegen in den Gewerkschaften, hier habt ihr wieder den Beweis, was die Versprechungen und Verordnungen der Gewerkschaftsführer wert sind. Ihr habt nichts von den Gelegenheiten der kapitalistischen Regierungen zu erwarten, nichts außer weiteren Verschlechterungen eurer Lebenslage. Ihr habt nichts von den Versprechungen der Gewerkschaftsführer, diesen Lokalen des Kapitalismus zu erwarten. Nur ihr allein, gerührt auf eure eigene Kraft, auf die Kraft der proletarischen Klasse, unter revolutionärer Führung, könnt euch ein besseres Dasein erkämpfen!

Kollegen in den Gewerkschaften, ihr könnt euch nunmehr überzeugen: Die Gewerkschaftsführer haben euch belogen, nur die KPD hat euch die Wahrheit gesagt. Nur die KPD hat euch tagen tagaus zugerufen: Verlaßt euch nicht auf die Gewerkschaftsbürokratie, kämpft für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Jetzt seht ihr, daß die KPD recht behalten hat.

Kollegen in den Gewerkschaften, ihr müht euch hier geplatzen Illusion die Lehren ziehen, ihr müht ein Bündnis mit der KPD herstellen. Das ist die Schicksalsfrage der deutschen Arbeiterklasse.

## Verstärkte Opposition bei den Buchdruckern

Das vom Gauvorsitzenden inszenierte „Hoch auf den Verband“ kann nicht über die Ablehnung der Verbandsvorstandspolitik durch breite Kollegentreife hinwegtäuschen

Im Mittwoch sprach in einer Ortsversammlung der 2. Verbandsgemeinschaft der Buchdrucker der gegenwärtigen Lage. Er sprach über die jüngste politische und wirtschaftliche Entwicklung und über die den Schuttpflichtigen der Wirtschaft, die allgemeine Produktion, die schwere wirtschaftliche Krise und die Verelendung der Arbeiterchaft durch Massenverwerflichkeit, Lohnabbau und Unterordnungspolitik. Anschließend berichtete er von den letzten Verhandlungen zwischen Verbandsvorstand und Unternehmervertretern um die Lohnhöhe. Auf Grund der Unterordnungspolitik des Verbandsvorstandes eine freie Vereinbarung ab, wonach der Lohn um 13 Prozent gekürzt wird. Er prüfte es als einen schmerzhaften Erfolg, daß der alte Lohn noch bis zum 31. Dezember 1931 gezahlt wurde. Die Notverordnung des Verbands, eine geringfügige Beitragserhöhung und die dritte Unterordnungspolitik sei notwendig geworden, um nicht wieder wie im Jahr 1931 2½ Millionen Mark zu verlieren. In Bezug auf den Marxismus sagte er: „Gau sei jede Theorie! Der Endkampf müsse kommen, aber jetzt sei der Augenblick nicht da, keine einzelne Gewerkschaft könne ihn beginnen.“

In der lebhaften Aussprache beteiligten sich 8 Kollegen. Nur zwei brachen eine Lanze für den Verbandsvorstand. Alle übrigen sprachen, zum Teil sehr scharf, gegen die Politik der Gewerkschaftsführung, deren einzige Weisheit darin besteht, die berechtigten Arbeiterinteressen bei bürgerlich-kapitalistischen Ministern und Schlichtern zu „verhandeln“. Jede Gewerkschaft erfüllt, so könne nicht einzeln den Kampf beginnen. Dabei haben die Vorstände der Gewerkschaften der Bildung von Industrieverbänden (von Opposition gefordert) hindernd im Wege gestanden. Die Verbindung der Gewerkschaftsbürokratie mit dem kapitalistischen Staat, der auf dem Verordnungswege Lohnabbau, hinter die Arbeiterchaft, ihre Kräfte zu entziehen. Der Kapitalismus könne sich nur erhalten auf Grund weiterer härterer Verelendung der Arbeiterchaft. Höher als die Erhaltung des morschen Kapitalismus ständen die Lebensinteressen der Arbeiter. Deshalb sei der Weg des Kampfes, des Widerstandes zu beschreiten!

Im Schlußwort des Referenten kam zum Ausdruck, daß er solche Ablehnung nicht erwartet hatte. Er machte etwas in Kommunisten und Ausländer. Die russische Industrialisierung führe ebenfalls zur Heberproduktion wie im Kapitalismus; Der alte Herr ist in der Welt, daß er nicht einmal den Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftspolitik kennt. Nur im sozialistischen System gibt es die Ausschaltung der Krise durch Planwirtschaft und Steigung des Wohlstandes der Massen.

Ichtsführer wert sind. Ihr habt nichts von den Gelegenheiten der kapitalistischen Regierungen zu erwarten, nichts außer weiteren Verschlechterungen eurer Lebenslage. Ihr habt nichts von den Versprechungen der Gewerkschaftsführer, diesen Lokalen des Kapitalismus zu erwarten. Nur ihr allein, gerührt auf eure eigene Kraft, auf die Kraft der proletarischen Klasse, unter revolutionärer Führung, könnt euch ein besseres Dasein erkämpfen!

Kollegen in den Gewerkschaften, ihr könnt euch nunmehr überzeugen: Die Gewerkschaftsführer haben euch belogen, nur die KPD hat euch die Wahrheit gesagt. Nur die KPD hat euch tagen tagaus zugerufen: Verlaßt euch nicht auf die Gewerkschaftsbürokratie, kämpft für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Jetzt seht ihr, daß die KPD recht behalten hat.

Kollegen in den Gewerkschaften, ihr müht euch hier geplatzen Illusion die Lehren ziehen, ihr müht ein Bündnis mit der KPD herstellen. Das ist die Schicksalsfrage der deutschen Arbeiterklasse.

## Arbeiter des Gastwerts Neugersdorf, wehrt euch!

Im Gastwirt Neugersdorf sollen den Arbeitern die Löhne um 10 Prozent gekürzt werden. Frauen- und Kinderlöhne sollen in Zukunft ganz weggelassen und die bisher gezahlten 100 Prozent Zuschlag für Sonntagarbeit sollen ebenfalls in Abzug kommen. Der Betriebsrat denkt nicht daran, die Belegschaft zum Kampf zu mobilisieren, ebensowenig wie die reformistische Gewerkschaftsbürokratie.

## Freiheiten eines Unternehmers

(Arbeiterkorrespondenz 20)

Neugersdorf. Die Firma J. G. Klippel schickte zum Neujahr 100 Arbeitern die Kündigung zu. Dabei erlaubte sich der Betriebsleiter Lauffa die Freiheit, jedem Arbeiter gleichzeitig mit der Kündigung und dem Festlohn eine Neujahrskarte mit Grüßen zuzuschicken. Einige Arbeiter brauchten also nicht einmal die vorgeschriebene Kündigungsfrist abzuwarten. Als die Arbeiter wegen der Freiheit Lauffas bei dem Chef vorstellig wurden, erklärte dieser, nichts davon zu wissen. In diesem Bezirk halten es die reformistischen Betriebsräte nicht für notwendig, sich um Vorgänge innerhalb des Betriebs zu kümmern und beratliche Sachen zu untersuchen. Die Gewerkschaftsbürokratie führt in ihrer Presse einen Scheinkampf, um die Arbeiterchaft noch länger an der Nase herumzuführen, um durch die Beiräte der Proleten ihre fetten Prämien zu sichern. In dieser Woche sollen weitere 100 Arbeiter die Kündigung zugestellt bekommen. Der Betriebsrat hat bis heute nichts unternommen.

Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Klippel! Zieht die Art von Betriebsräten zur Rechenschaft und zwingt sie zum Austritt, um sie durch rote Betriebsräte, die eure Interessen besser vertreten, zu ersetzen. Wehrt euch ein in die rote Massenfront! Kämpft unter Führung der kommunistischen Partei und der KPD um Arbeit, Brot und Freiheit!

## Vorsig muß für die Wertsparer haften

Vorsig hat die „Treupflicht“ verletzt

Zwischen dem Gläubigerausschuß der Wertspare bei Vorsig und der Direktion sind Verhandlungen im Gange über die Rückzahlung der Sparsparfongelder, die von der Firma Vorsig nachbestimmterweise verbraucht wurden. Da eine Einigung wahrscheinlich nicht zustande kommt, will der Gläubigerausschuß einen Prozeß einleiten, um das Privatvermögen der Familie Vorsig für die Wertspare haftbar zu machen.

Die „Rote Fahne“ stellt dabei die mehr als merkwürdige Tatsache fest, daß in dem Gläubigerausschuß Rechten und Interessen sind, die zur gleichen Zeit auch die Interessen der Firma Vorsig vor Gericht zu vertreten haben. Ob diese Rechtsanwälte der Firma Vorsig allzu wehe tun werden?

Der Vorschlag, einen Prozeß zur Beschlagnahme des Privatvermögens der Firma Vorsig einzuleiten, würde eine jahrelange Verschleppung der ganzen Angelegenheit bedeuten. Die Kolportage dabei würden die kleinen Wertsparer sein. Nach wie vor muß darum die Forderung der kleinen Wertsparer sein: sofortige Beschlagnahme des Privatvermögens der Familie Vorsig, um nicht nur die Einlagen der Wertsparer, sondern auch die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten sicherzustellen.

Darum, Arbeiter des Gastwerts Neugersdorf, rechnet ab mit diesen Gesellen und kämpft unter Führung der KPD!

## 10 Prozent Lohnabbau durch Vereinbarung

Für die lässliche Papierindustrie hat die Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern eine freie Vereinbarung getroffen, nach der die Löhne der lässlichen Papierarbeiter um 10 Prozent gekürzt werden. Die sozialistische Bürokratie begründet vor der Mitgliedschaft ihren Lohnraub an den Papierarbeitern damit, daß, wenn diese freie Vereinbarung nicht zustande gekommen wäre, in der Papierindustrie ein inoffizieller Zustand bestanden würde.

unter der gesamten Papierarbeiterchaft ausgenutzt werden, zu einem verächtlichen Kampf gegen die Lohnabbau- und streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie. Jetzt gilt es die Papierarbeiter für die KPD und für den revolutionären Kampf zu gewinnen.

## Internationale Wirtschaftskämpfe

### Spanien

Revolution gegen Streikende. In Epila (Provinz Saragossa) kam es zwischen den streikenden Arbeitern der dortigen Zuckerfabrik zu schweren Zusammenstößen mit der Milizgarde, als die Streikenden ihren Betrieb eröffnen wollten. Als die Milizgarde die Streikenden auseinanderzuschlagen versuchte, wurden die Streikenden einige Revolverkugeln abgeben, durch die zwei Milizgardisten ziemlich schwer verwundet wurden. Hierauf gab ebenfalls die Milizgarde Feuer. Ein Streikender wurde getötet und 10 verletzt.

Der Konflikt wurde dadurch hervorgerufen, daß die Streikenden, die der CNT angehören, sich meistens mit Diktatoren zusammenschließen.

### England

Dodarbeiterzeit geht weiter. Alle Bemühungen der Gewerkschaftsbürokratie, den Streik der 6000 Londoner Dodarbeiter, die getrennt unter Führung von unten der Arbeit niedergelegt haben, zu brechen, sind fruchtlos geblieben. Heberall haben Massenversammlungen der Streikenden den Beschluß unternommen, im Streik zu verharren. Das gleiche war in Birkenhead und anderen Orten der Fall, in denen der Streik weitergeht. Die Scheuerleute verharren einmütig im Streik und die Forderungen und Forderungenarbeit auf der Themse wird schnell stillgelegt.

In einer Anzahl von Häfen, in denen Dodarbeiter noch weiterarbeiten, haben erfolgreiche Versammlungen der Arbeiterbewegung stattgefunden und die Forderungen der revolutionären

heitert. Auf jenen Docks und Werften, in denen die Dodarbeiter streikten, wurden Streikaustritte gewählt, und es finden heute abend Versammlungen statt, um einen Zentralstreiklauschuß für London zu schaffen.

### Oesterreich

Starke Zunahme der Erwerbslosigkeit. In der zweiten Dezemberhälfte ist die Zahl der unterrichteten Arbeitslosen in Wien um 8000 auf 114 807 gestiegen. Es ist dies der höchste Stand, der überhaupt jemals in Wien zu verzeichnen war. Trotz der brutalen Aussteuerungen, mit denen die Arbeitslosen besonders in der Provinz unter allen möglichen Vorwänden der Unterjochung betäubt werden, um aus ihnen billige Ausbeutungsjahle der Agrarier zu machen, ist die Zunahme der Unterjochungen für die Arbeitslosen außerhalb Wiens neuerlich bedeutend größer als in der Hauptstadt selbst. Man schätzt die Steigerung auf 17 000 bis 18 000, so daß gegenwärtig in Oesterreich es an unterrichteten Arbeitslosen allein 330 000 geben dürfte.

### Belgien

Große Erfolge der roten Einheitslisten. Die revolutionäre Belegschaftszentrale und die KPD Belgiens haben sich zum erstmalig an der Wahl der Grunddelegierten beteiligt. Die bisher bekannten Wahlergebnisse jener Wahlen, in denen Kandidaten der Einheitsfront antworteten, waren: werben